

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## AKTUELL

### Kämpfe im Nordirak

(spk) In den Kurdengebieten des Iraks ist es nach iranischen Angaben in den vergangenen Tagen erneut zu Kämpfen gekommen. Die iranische Nachrichtenagentur IRNA nannte am Dienstag aber keine Einzelheiten, sondern berichtete nur, deshalb sei die Rückkehr der irakischen Flüchtlinge unterbrochen. Im Westen Irans befanden sich noch über 12 000 irakische Flüchtlinge.

### Sieben Tote in Indien

Mindestens 7 Menschenleben und 60 Verletzte hat die Explosion einer Bombe in einem Bus in Westbengalen gefordert. Nach Angaben der indischen Nachrichtenagentur UNI vom Dienstag kam es zum Anschlag am Vortag in der Stadt Midnapore, als ein in der Passagiere ausstiege. Der Bus habe nach der Explosion Feuer gefangen. Die Hintergründe des Anschlags sind noch unklar.

### Entführer gibt auf

Nach der glücklichen Flucht seiner letzten Geisel hat sich ein 17-jähriger Flugzeugführer in der Nacht auf den Dienstag den tschechoslowakischen Behörden gestellt. Der vorbestrafte Slowake hat laut Polizei die Hoffnungslosigkeit seines Vorhabens erkannt, als der als Geisel gehaltene Pilot der Tupolew 134 entkommen konnte. Das Flugzeug sollte am Montag nach Libyen entführt werden.

## Österreich schneller zur EG

Wien (spk/dpa) Der österreichische Aussenminister Alois Mock vertrat am Dienstag die Auffassung, dass der Abschluss der politischen Verhandlungen über den EWR zwischen EG und EFTA den EG-Beitritt Österreichs beschleunigen wird. Mock erklärte nach seiner Rückkehr aus Luxemburg vor Journalisten in Wien, dass er mit einem Beginn der Beitrittsverhandlungen im nächsten Jahr rechne.

## Eine Öffnung gegenüber der EG ist für uns nicht verkraftbar

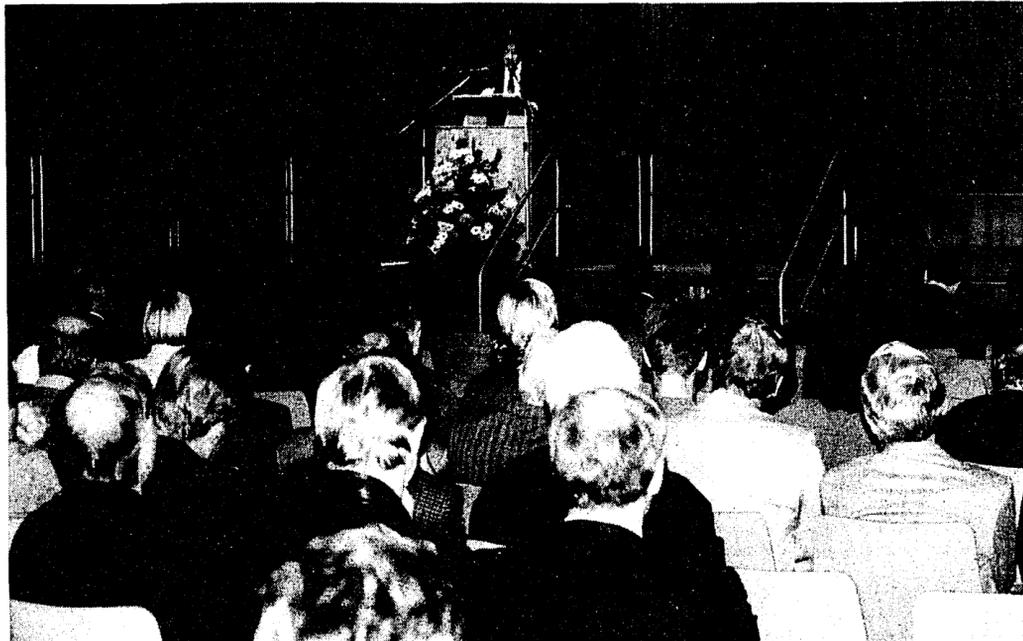
Die Gewerbe- und Wirtschaftskammer veranstaltete einen Informationsabend über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)

(G.M.) – Zur gleichen Zeit, als sich in Luxemburg die Minister der EG- und EFTA-Länder trafen, um über die Schaffung des geplanten Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) zu beraten, informierte die Gewerbe- und Wirtschaftskammer des Fürstentums Liechtenstein aus ihrer Sicht über die Schwierigkeiten und Probleme, die sich für unser Land bei einer Teilnahme am EWR-Abkommen sowie bei einem allfälligen EG-Beitrittsantrag zu einem späteren Zeitpunkt stellen. Die Gewerbe- und Wirtschaftskammer steht dem EWR-Vertrag und seinen Auswirkungen skeptisch gegenüber und lancierte aus diesem Grund eine Verfassungsinitiative zur Einführung des Staatsvertragsreferendums, damit dem Volk die Möglichkeit geboten werden kann, darüber letztlich an der Urne zu entscheiden.

Die skeptischen bis ablehnenden Töne gegenüber dem EWR und der EG dominierten an der Informationsveranstaltung der Gewerbe- und Wirtschaftskammer. Bereits Gewerbepräsident Josef Frommelt erklärte in seiner Begrüssungsansprache, dass mit der Übernahme von rund 1400 EG-Rechtsakten und der Weiterentwicklung des EG-Rechts, das die Fürstentum Liechtenstein keinen Einfluss hätte, der «Verlust der Autonomie» in wesentlichen Bereichen unserer Wirtschaft und Politik einhergehe. Nach Ablauf der Übergangsfristen, für deren Verlängerung wenig Hoffnung bestehe, finde eine «Öffnung gegenüber 18 europäischen Staaten statt, anstelle der bewährten bilateralen Zusammenarbeit auch gegenüber der Schweiz, was für Liechtenstein infolge seiner Kleinheit nicht verkraftbar sein wird.» Mit aller Deutlichkeit unterstrich er weiter: «Der letzte Rest einer liechtensteinischen Eigenständigkeitspolitik wird verlorengehen.»

### Politische Union als Ziel

Unterstützung erhielt Frommelt vom Gastreferenten des Abends, von Dr. Pierre Triponez, dem Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes, der seine ablehnende Haltung gegenüber einem EG-Beitritt in eine internationale Lagebeurteilung mit dem Aufstieg Ame-



Der EWR-Vertrag stand im Mittelpunkt der Vollversammlung der Gewerbe- und Wirtschaftskammer am Montagabend in Schaan. Zu den einzelnen Referaten über die europäische Integration und Liechtenstein war auch die Öffentlichkeit eingeladen. (Bild: Beat Schurte)

rikas zur Weltmacht Nr. 1 nach dem Golfkrieg und dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems sowie mit der wiedererlangten Dynamik der EG zur Wirtschaftsmacht in Europa einbettete. Die EG ist nach seinen Worten in den letzten Monaten immer stärker geworden, während die EFTA-Staaten aufgrund ihrer verschiedenartigen Ausrichtung eine gewisse Uneinigkeit zeigten. Er betonte, dass künftig bei einem EWR-Abkommen nur noch das EG-Recht massgebend sei, wobei die EFTA-Länder bei einer Fortentwicklung des EG-Rechts keine Mitentscheidungsmöglichkeiten besäßen. Seine skeptische Haltung gegenüber dem EWR-Abkommen und einem EG-Beitrittsantrag begründete Triponez mit dem Hinweis, dass die EG nicht mehr eine wirtschaftliche Komponente allein verfolge, sondern sich die Schaffung einer

politischen Union in Europa als klares Ziel gesetzt habe.

### Es geht um politische Fragen

Einen Alleingang der Schweiz (und Liechtensteins) hält Triponez für möglich, denn Nichtmitgliedstaaten würden nach seiner Auffassung von der EG nicht einfach kaltgestellt. Ausserdem gab er zu bedenken, dass man auch gegenüber anderen Staaten, insbesondere den Wirtschaftsmächten USA und Japan, offen bleiben müsse. In diesem Zusammenhang sprach er das GATT an, das sich für den Abbau der Handelshemmnisse auf der ganzen Welt einsetze. Die GATT-Vereinbarungen bezeichnete er als «Aufgangnetz für die Schweiz», die sich bei diesen Verhandlungen für einen möglichst weitgehenden Freihandel auf der ganzen Welt einsetze.

Letztlich gehe es, meinte Triponez bei der Bewertung des EWR-Abkommens, für die Schweiz und Liechtenstein nicht nur um wirtschaftliche, sondern auch um eminent wichtige politische Fragen. Konkret nannte er die Einschränkung demokratischer Einrichtungen, die mit einem Beitritt verbunden wären, was letztlich auch zu einer Einbusse der Souveränitätsrechte führen würde. «Der Karren ist überladen worden», bemerkte er mit Blick auf den EWR-Vertrag und fuhr weiter, das «ambitiose Vertragswerk» sei problematisch. Vor der Volksabstimmung gelte es, obwohl sich das Gewerbe zu Wettbewerb und Leistung bekenne, die Sachlage genau zu analysieren.

### Analysen und Unterlagen fehlen

Gewerbepräsident Josef Frommelt und Geschäftsführer Beat Marxer stimmten dieser Bewertung in ihren Ansprachen weitgehend zu, während Regierungsrat René Ritter eine eher optimistische Beurteilung des EWR-Abkommens für Liechtenstein abgab. Man dürfe nicht «Hals über Kopf in ein europäisches Abenteuer hineinspringen» meinte Frommelt, während Ritter auf die dynamische Ausgestaltung des EWR-Vertrages hinwies, der Rücksicht auf liechtensteinische Belange nehme, wobei er insbesondere die Kombination von Schutzklauseln und Übergangsregelungen erwähnte. Allerdings gab auch er zu verstehen, dass für Liechtenstein ein gewisser «Anpassungsdruck» entstehe und dass unser Land vor einer grundsätzlichen Neuorientierung stehe: Ein Festhalten an der bisherigen Politik führe Liechtenstein ins Abseits! Demgegenüber bemerkte Geschäftsführer Beat Marxer, dass das Gewerbe den befristeten Regelungen und Übergangsbestimmungen sehr skeptisch gegenüberstehe, zumal zum jetzigen Zeitpunkt Analysen und Unterlagen über die Auswirkungen fehlten.

### Mitentscheiden können!

Sowohl Gewerbepräsident Frommelt wie auch Geschäftsführer Marxer betonten ihre Auffassung, dass sie nicht einfach dem EWR-Vertrag ablehnend gegenüberstehen würden, was im Zusammenhang mit der Lancierung der Verfassungsinitiative zur Einführung des Staatsvertragsreferendums oft behauptet werde. Diese Initiative gebe dem Volk die Möglichkeit, über einen EWR-Vertrag mitentscheiden zu können. «Wir handeln im Interesse des Volkes», gab Beat Marxer am Schluss zu verstehen.

Mehr über die Veranstaltung der Gewerbe- und Wirtschaftskammer auf Seite 3 der heutigen Ausgabe.

## Efta und EG einigen sich auf den Europäischen Wirtschaftsraum

Neue europäische Wirtschaftsmacht – Die Schweiz visiert einen EG-Beitritt als Zielsetzung an

(spk) Die 7 Efta- und 12 EG-Länder werden vom 1. Januar 1993 an die grösste Handels- und Wirtschaftsmacht der Welt sein. Dies ist die Folge ihrer in der Nacht von Montag auf Dienstag erreichten Einigung über die Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) für rund 380 Millionen Menschen. Der Bundesrat sieht den EWR indes nur als Übergangslösung zum EG-Beitritt.

Zwar müssen die Efta- und EG-Experten immer noch über einige technische Detailfragen weiterverhandeln. Ungeachtet dessen ist das Abkommen aber nach langen und zähen Verhandlungen «unter Dach und Fach». Das bestätigten auch die beiden Bundesräte Jean-Pascal Delamuraz und René Felber, die in Luxemburg zugegen waren.

Die Beilegung der letzten Streitigkeiten in der am Dienstag morgen beendeten, rund 16stündigen EWR-Abschlussrunde hat dies ermöglicht. Offen waren noch die Fischereirechte der EG in den Fischgründen Norwegens und Islands sowie der Absatz der Fischproduktion beider nordischen Länder in der EG sowie Efta-Zahlungen an die armen strukturschwachen EG-Länder Spanien, Portugal, Griechenland und Irland.

### Neue Phase in den Beziehungen

Mit dem Vertrag wird eine neue Phase der Efta-EG-Beziehungen durch die Beteiligung der sieben Efta-Länder am EG-Binnenmarkt mit seinen vier Freiheiten für den freien Personen-, Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr eröffnet. Das EWR-Abkommen sieht auch eine erweiterte und vertiefte Zusammenarbeit bei den sogenannten flankierenden und horizontalen Politiken auf den Gebieten Umwelt, Ausbildung, Erziehung, Jugend, Sozialpolitik, Forschung und Entwicklung, Verbraucherschutz, kleinen und -ittleren Betrieben, Tourismus, usw. vor.

Der Efta-Vorsitzende, Finnlands Aussenhandelsminister Pertti Saloelinen, erinnerte daran, dass durch die Vereinbarung «viel mehr als nur ein Wirtschaftsabkommen» verwirklicht werde. Die Unterschiede zwischen den wirtschaftlichen und rechtlichen Entwicklungen in der Zwölfereigniszone und der Siebener-Freihandelszone würden überbrückt. Sa-

lolaime bezeichnete das Abkommen sodann als wichtiges Signal an Ost- und Mitteleuropa: Westeuropa sei in der La-

ge, mit seinen Problemen fertig zu werden und in einer Zeit des raschen Wandels für ein Element der Stabilität zu sorgen.

## FL und EWR

(pafl) – Liechtenstein war an den Verhandlungen durch Regierungschef Hans Brunhart, S. D. Botschafter Prinz Nikolaus, Botschafter Dr. Benno Beck und Botschafterin Dr. Andrea Willi vertreten. Liechtenstein hat erstmals als eigener Verhandlungspartner an multilateralen wirtschaftlichen Verhandlungen dieser Bedeutung teilgenommen. Regierungschef Hans Brunhart informierte am Dienstag die Regierung über die Ergebnisse der Verhandlungen. Die Regierung begrüsst den Abschluss der Verhandlungen und wird nach Paraphierung die Ergebnisse im Hinblick auf die Unterzeichnung überprüfen. Gleichzeitig wird der Stellenwert des EWR-Vertrages auch im Lichte der längerfristigen Perspektiven der liechtensteinischen Integrationspolitik zu beurteilen sein.

Nach Schlussredaktion und Paraphierung wird das EWR-Übereinkommen von den Vertragspartnern noch zu unterzeichnen sein. Daran werden sich die Ratifikationsverfahren anschliessen.

### Schweiz will zur EG

Saloelinen wies auch darauf hin, dass «der Wert der EWR-Vereinbarung auch unter der Warte des Wunsches verschiedener Efta-Mitglieder, volles EG-Mitglied zu werden, beurteilt werden müsse. Der EWR ermögliche bis zu einem erst ab Mitte der 1990er Jahre möglichen Beitritt der beiden EG-Beitrittskandidaten und andere an einer EG-Mitgliedschaft interessierter Efta-Länder (Finnland, Norwegen) «Bildungsjahre».

Das schien Aussenminister René Felber und Wirtschaftsminister Jean-Pascal Delamuraz zur nahezu sensationellen Ankündigung zu veranlassen, die Schweiz habe sich nun ebenfalls endgültig entschlossen, einen Antrag auf einen EG-Beitritt zu stellen. Der EG-Beitritt sei das Ziel der Schweizer Regierung und der EWR nur eine Etappe darauf hin.

Felber weiterte sich, bereits genaue Angaben über den Zeitpunkt des Beitrittsantrags zu machen. Aber er meinte, die Diskussion im Parlament und im Volk über den EWR-Vertrag werde der Regierung erlauben, «den günstigsten Zeitpunkt für einen Beitrittsantrag» zu wählen. Heute könne er objektiv noch nicht vorgelegt werden. Die Regierung werde so schnell wie möglich nach der Ratifizierung des EWR-Vertrages handeln.

**DENNER-Satellit**

Ihr privater Detailist mit echten Discountpreisen

Schaan-Vaduz

aktuell –  
frisch  
und preiswert

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.